



a) Thüringer Gaststättengewerbe zukunftsfähig gestalten – Bürokratie abbauen

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 6/2284 -

hier: Nummer II

b) Gastgewerbe in Thüringen für heutige und künftige Herausforderungen fit machen

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/2741 -

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich kann mich ja spätestens seit gestern benehmen, Herr Präsident, und wollte nicht dazwischen rufen, deshalb war das so zurückhaltend.

Herr Staatssekretär, bis vor einer Viertelstunde, muss ich sagen, habe ich Sie für einen ganz vernünftigen Menschen und einen Staatssekretär gehalten, wie man ihn sich als Landesregierung – also zumindest muss man sich nicht dafür schämen.

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Für Sie muss man sich schämen, Herr Brandner!)

Wir schauen ja in die Zukunft. Ich habe es vorhin mit Herrn Höcke besprochen: Sie wären wirklich ein Kandidat gewesen, einer von zwei Staatssekretären dieser Landesregierung, den wir wahrscheinlich in eine AfD-Landesregierung übernommen hätten.

(Heiterkeit CDU)

Aber seit Ihrer Rede hier – muss ich Ihnen sagen – müssen Sie sich andere Zukunftsoptionen suchen. Also schauen Sie sich ab dem nächsten Jahr mal nach einem neuen Job um, wir haben dann nur noch einen Aspiranten in der Staatssekretärsriege, der einen Regierungswechsel hier politisch überdauern wird.

(Zwischenruf Abg. Worm, CDU: Welcher wäre das denn?)

Wir wollen die Karrierechancen nicht jetzt schon zerstören.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Nein! Ein Redebeitrag!)

(Vizepräsident Höhn)

Ein Redebeitrag. Entschuldigung, dann habe ich das falsch verstanden.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Staatssekretär, dass diese Geschichte, die da in Hildburghausen oder wo stattfinden soll, dieses Konzert von Rechtsextremen, Gift ist für Thüringen und für die Region, steht für uns – hören Sie genau zu – außer Frage. Das unterstreiche ich absolut und das meine ich auch ernst, Frau König-Preuss.

(Beifall AfD)

Sie verkennen allerdings, dass das wahre Gift, das Thüringen fast zum Paria unter den Bundesländern gemacht hat, diese linke Volksfrontregierung in Thüringen ist, die gestützt wird durch ehemalige Stasispitzel und militante Linksextremisten, Herr Staatssekretär. Auch das hat sich inzwischen in Deutschland herumgesprochen

(Beifall AfD)

und das ist alles andere als förderlich für den Tourismus in Thüringen, das will ich Ihnen mal sagen. Frau Muhsal hat gerade aus dieser Kleinen Anfrage zitiert, nach der es Hunderte von Straftaten im Tal der Könige im Umfeld dieser Jungen Gemeinde Mitte gibt, Hunderte von schlimmen Straftaten, was für Jena und Umgebung auch nicht gerade förderlich sein soll. Interessant war dieser Buchtitel, der offenbar auch aus dem Programm für Tollerei und Gedöns finanziert wurde, „Bürgerlichkeit zwischen Sorgen und Faschismus“. Was machen Sie denn damit? Die Touristen, die sie anziehen wollen, kommen ja nicht aus der Antifa-Ecke, die bringen ihr Dosenbier aus den westlichen Bundesländern mit, die werden hier keinen Tourismus zum Erblühen bringen. Sie stellen damit alle die Bürgerlichen, für die Thüringen als Urlaubsort in Betracht kommt, unter Generalverdacht und argumentieren wie: Alle Touristen sind Faschisten. Ja, nichts anderes lese ich aus diesem Buchtitel heraus. Die Bürgerlichen kommen nach Thüringen, die Bürgerlichen wollen hier Skifahren, die Bürgerlichen wollen wandern, die Bürgerlichen wollen auch die wenigen Möglichkeiten nutzen, wo man von einem Berg schauen kann und kein Windrad sieht.

(Unruhe DIE LINKE)

Genau die werden mit Steuergeldern aus diesem seltsamen Programm vergrault. Also, Sie müssen sich mal an die eigene Nase fassen und nicht die Augen vor dem verschließen, was tatsächlich Realität in diesem Land ist. Jeder Extremismus ist zu verdammen, noch mal von hier vorne. So deutlich habe ich es von Ihnen, Herr Staatssekretär – oder Herr Ex-Staatssekretär in spe –, bisher nicht gehört. Jeder Extremismus ist zu verdammen, aber einen hervorzuheben und zu tun, als ge-

be es den anderen nicht, wobei der andere hier personifiziert auf der linken Seite mit mehreren Personen im Landtag sitzt, das geht weit an der Sache vorbei.

(Beifall AfD)